

Ukraine-Krieg am Scheideweg, nachdem Trump sich zurückzieht

1. Oktober 2025 | M.K. Bhadrakumar



US-Präsident Donald Trump (R) äußerte sich frustriert darüber, dass seine Bemühungen, den Ukraine-Krieg zu beenden, bei dem russischen Präsidenten Wladimir Putin nicht auf Gegenliebe stießen.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow kam am Wochenende aus einem Treffen mit dem US-Außenminister Marco Rubio in New York und zeigte den vorbeikommenden Journalisten einen Daumen nach oben. Es war ein verwirrendes Signal, so kurz nachdem US-Präsident Donald Trump das russische Militär öffentlich als „Papiertiger“ beschimpft und die europäischen Hauptstädte damit schockiert hatte, dass die Ukraine immer noch „kämpfen und gewinnen“ könne.

Eine wohlwollende Erklärung könnte sein, dass Trump eine Ausstiegsmöglichkeit schuf, um die Verantwortung für die Verteidigung der Ukraine an die Europäer zu übertragen. Er betonte nachdrück-

lich, dass die Europäer mehr tun können und sollten. Allerdings ist auch auffällig, dass Trumps anfängliche Sympathie für Russland zunehmend einer neutraleren Haltung gewichen ist – eine Entwicklung, die sich im letzten Monat beschleunigt hat.

Der britische Kolumnist Gerard Baker schrieb in der *Times*, dass „Trump Russland signalisiert, dass er ihm nicht mehr den Rücken stärkt. Aber er hat auch deutlich gemacht, dass sich die Europäer nicht auf die Unterstützung der USA verlassen können.“ Moskau reagierte zunächst gelassen, aber innerhalb einer Woche setzte Realismus ein.

Zwar ist das geringere Engagement der USA in der Ukraine für Russland positiv, doch ist es keineswegs sicher, dass Trump die Führung der NATO nicht wieder übernehmen wird. Die Lage wird immer komplizierter, da die NATO nicht mehr mit den USA im Einklang steht und Trump die NATO nicht mehr kontrolliert, obwohl die NATO ohne Amerika nicht viel ausrichtet. Und weder die NATO noch Trump kontrollieren den Krieg.

Es ist offensichtlich, dass sich die USA zunehmend distanzieren. Dies ist ein epischer Wendepunkt: In der amerikanischen Weltordnung floriert Europa und hat die Chance, selbst zu einer geopolitischen Macht zu werden, läuft aber auch Gefahr, in einer sich fragmentierenden Welt zur Nebensache zu werden. Scott Bessent, US-Finanzminister und Vertrauter von Trump, hob diesen Widerspruch in einem Interview mit *Fox Business* am vergangenen Mittwoch hervor, als er sagte: „Wie ich meinen europäischen Amtskollegen vor etwa zwei Wochen sagte: ‚Alles, was ich von Ihnen

höre, ist, dass Putin in Warschau einmarschieren will. Das Einzige, was ich mit Sicherheit weiß, ist, dass Putin nicht in Boston einmarschieren wird.““

Trumps Äußerungen der letzten Woche zum Krieg in der Ukraine und seine Aufforderung an die EU, ein „Gegengewicht“ zu Russland zu bilden, waren keineswegs ein spontaner, emotionaler Ausbruch. Sie waren das Ergebnis langwieriger, vielschichtiger Strategiesitzungen über mehrere Wochen hinweg. Tatsächlich hatte der US-Vizepräsident JD Vance bereits am vergangenen Sonntag verraten, dass Washington eine ukrainische Anfrage zur Lieferung von Tomahawk-Raketen an die Ukraine prüft – eine technologisch hochentwickelte und präzise Langstrecken-Marschflugrakete, die für den Einsatz bei jedem Wetter geeignet und nuklearfähig ist und deren landgestützte Version derzeit produziert wird.

Tomahawk-Raketen würden Kiew im Falle eines Kriegseinsatzes die Möglichkeit geben, tief ins russische Hinterland vorzudringen. Moskau reagierte über Nacht scharf auf Vances Äußerung und erklärte, es werde sorgfältig prüfen, ob etwaige Tomahawk-Raketen, die an die Ukraine geliefert werden könnten, unter Verwendung von Zielkoordinaten der USA abgefeuert würden.

Damit beginnt eine neue gefährliche Phase des Krieges, die das Risiko einer direkten Konfrontation zwischen Russland und der NATO birgt. Auf die Frage nach Vances Äußerungen erklärte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow, Russland werde diese sorgfältig analysieren. Präsident Putin hat zuvor erklärt, dass sich westliche Länder direkt in den Krieg einmischen würden, wenn sie Ziel- und Geheimdienstinformationen liefern, die es der Ukraine ermöglichen, Raketen tief im russischen Staatsgebiet abzufeuern.

Peskow sagte: „Die Frage lautet nach wie vor: Wer kann diese Raketen abfeuern ...? Können nur Ukrainer sie starten oder müssen das US-Soldaten tun? Wer bestimmt die Ziele dieser Raketen? Die amerikanische Seite oder die Ukrainer selbst?“ Peskow fügte hinzu, dass eine „sehr gründliche Analyse“ erforderlich sei.

Dies ist ein Moment der Wahrheit, denn mit der Ankunft der Tomahawks im Kriegsgebiet wird Trump die Eskalationsleiter erklimmen, und zwar zu einem Zeitpunkt, an dem es Anzeichen dafür gibt, dass die Ukraine ihre Fähigkeiten in letzter Zeit verstärkt und eine Reihe erfolgreicher Drohnenangriffe gegen russische Raffinerien durchgeführt hat. Diese führten zu Treibstoffengpässen, trieben die Benzinpreise auf Rekordhöhen und veranlassten Moskau, die Exporte zu beschränken, um seinen heimischen Markt zu stabilisieren.

Der Schauplatz des Stellvertreterkrieges in der Ukraine könnte sich in Zukunft völlig verändern. Deutschland ist bereit, für die Beschaffung von Tomahawk-Raketen zu zahlen. Russische Experten sind der Meinung, dass es keine Wunderwaffe gibt, die die Dynamik des Krieges verändern könnte. Aber hinter dieser hohen Schwelle verbergen sich andere zwingende Realitäten. Tomahawk-Raketen könnten den Krieg zum ersten Mal auf russisches Gebiet bringen.

Der letzte Wurf des Westens könnte darin bestehen, die soziale Unzufriedenheit innerhalb Russlands zu schüren, da spätestens am 10. September 2026 Parlamentswahlen stattfinden sollen. Die Einschätzung des Westens, ob zu Recht oder zu Unrecht, lautet, dass die Mehrheit der russischen Bevölkerung ein frühes Ende des Krieges befürwortet.

Die Unstimmigkeiten innerhalb des transatlantischen Bündnisses kamen Russland bislang zugute. Außerdem zeigte Trump wenig Interesse an militärischen Abenteuern oder außenpolitischen Verwicklungen. Die US-Außenpolitik, die einst von Eindämmungspolitik und der Domino-Theorie geprägt war, hatte eine Kehrtwende vollzogen. Nun scheint es jedoch so, als würde das Weiße Haus zwar seine feindselige Haltung aufgeben, die USA aber weiterhin Kiew mit Geheimdienstinformationen versorgen und der Ukraine den Kauf moderner Waffen ermöglichen, wobei die Europäer die Kosten übernehmen.

Der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz schrieb letzte Woche in der *Financial Times* und forderte die EU auf, die eingefrorenen Reserven Russlands (rund 300 Milliarden Dollar) ausschließlich für die Beschaffung von Waffen an die Ukraine zu übertragen. Das bedeutet effektiv, dass die Ukraine in der Lage sein sollte, die Stellung zu halten.

Der entscheidende Moment kommt, wenn die NATO ihre Einsatzregeln an ihrer Ostflanke verschärft, um das Abschießen eindringender russischer Flugzeuge zu erleichtern. Zweifellos hat das Bündnis in der vergangenen Woche seine Botschaft gegenüber dem Kreml verstärkt.

Es gibt jedoch auch Anzeichen dafür, dass Washington und Moskau miteinander kommunizieren. Keine der beiden Seiten strebt eine Konfrontation an. So wie die Dinge derzeit stehen, ist es sehr gut möglich, dass Trump letztendlich der Lieferung von Tomahawk-Raketen an die Ukraine nicht zustimmen wird.

Andererseits könnte Russland angesichts der veränderten Umstände und der wachsenden Unsicherheit über eine Verhandlungslösung keine andere Wahl bleiben, als sich voll und ganz auf eine militärische Lösung zu konzentrieren. Denn selbst wenn es zu einer Verhandlungslösung auf dem Papier kommen sollte, würde dies möglicherweise nicht viel bringen.

Die sogenannten Helsinki-Abkommen (1975) wurden in Genf in zweijährigen mühsamen Sitzungen ausgehandelt und von allen europäischen Ländern sowie den USA und Kanada unterzeichnet, aber genau ein Jahr später sagte Henry Kissinger zu Präsident Gerard Ford: „Wir (die USA) wollten das nie, haben uns aber den Europäern angeschlossen ... Es ist bedeutungslos – es ist nur eine Show für die Linke. Wir machen mit.“

Letztendlich hat die Schlussakte von Helsinki lediglich dazu geführt, dass die internationale Aufmerksamkeit auf die Menschenrechtslage im Sowjetblock gelenkt wurde und sich die Beziehungen zwischen den osteuropäischen Ländern und Westeuropa öffneten, was natürlich zum Aufstieg der Solidarność-Bewegung in Polen und zu einer allgemeinen Lockerung des Zusammenhalts des Warschauer Pakts führte, die schließlich im Fall der Berliner Mauer gipfelte.